

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Ercheint wöchentlich Samstag. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Angelegenheiten des Organs, Mithin: Anträge für Arbeitsnachweise 75 Pfn., Geschäfts- und Werbungsanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Vertriebsstelle und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3808-67. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 30

Duisburg, den 24. Juli 1920

21. Jahrgang

Einladung zur 9. General-Versammlung

des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes am
15., 16. und 17. August 1920 in Essen.

Tagesordnung:

1. Konstituierung der Generalversammlung, Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes, Rechnungsablage, Bericht der Revisoren, Entlastung des Vorstandes.
(Berichterstatter: Verbandsvorsitzender Wieser)
3. Die christliche Arbeiterbewegung und der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands.
(Berichterstatter: Th. Brauer, Köln.)
4. Regelung des Finanzwesens des Verbandes und Beratung der gestellten Anträge.
5. Wahl des Vorstandes.
6. Verschiedenes.

Die Generalversammlung findet statt im Städtischen Saalbau in Essen - Straße am Stadgarten - im Kruppssaal. Die Verhandlungen beginnen Sonntag, den 15. August, nachmittags 3 Uhr. Abends 7 1/2 Uhr Begrüßungsfeier, wozu die Delegierten eingeladen sind. Anfragen wegen Logis usw. sind an Kollegen 7. Strunk, Essen, Limbeckersplatz 26 zu richten.

Der Vorstand: J. D. Wieser, Verbandsvorsitzender.

Die Delegiertenwahlen

haben folgendes Ergebnis:

1. Bezirk.

Duisburg: Weyer, Müller, Peters.
Krefeld: Siegel.
Dortmund: Gase, Wehinger, Feil, Orbach.
Duisburg: Paderberg, Schmitz, Reinig, Müller, Böttner, Altschall.
Essen: Müller, Horn, Hoffmann, Otto, Behmlühl, Altkner.
Gelsenkirchen: Walter, Werthenbach.
Mülheim-Oberhausen: Heintzmeier, Franzen, Prang.
Düsseldorf: Wredow, Mühlstedt.
Wesel: Rudolph.

2. Bezirk.

Magen: Krott, Frohn, Köhler.
Barmen: Wau.
Köln: Riperfeld, Folber, Luz, Nutt.
Düsseldorf: Reupke, Graß, Udermahr, Plumacher, Winnefeld.
M-Gladbach: Urey, Kamphausen.
Neuß: Goser, Klaus.
Stollberg: Müllechner, Holz, Ellinghoven.
Solingen: Selmann, Konrad.
Remscheid: Döflin.
Welsch: Tondorf.

3. Bezirk.

Bielefeld: Gienisch.
Gagen: Gebelhenne, Sauerbrech, Müller.
Hamm: Poggel, Illing.
Jserloh: v. Bischoffing, Klenke.
Meiden: Steinacker, Hamer.
Mehlem: Klasmeyer, Lebermann.
Siegen: Haas, Straß, Ohrensdorf.
Werden: Schrage, Wetter.
Wetzlar: Wolf, Thielmann.

Frankfurt: Schmidt.

4. Bezirk.

Stuttgart: Dorsch.
Ulm: Spindler.
Münch: König.
Pforzheim: Kuhn.
Singen: Fischer.

5. Bezirk.

Nürnberg: Eschenlocher.
München: Bossbach.
Amberg: Neichenberger.
Augsburg: Jümler.

6. Bezirk.

Saarbrücken: Bid, Koller.
Dillingen: Habedank, Müllers.
Kaiserslautern: Graber.

7. Bezirk.

Magdeburg: Krull.
Hannover: Kitchner.

8. Bezirk.

Danzig: Wiesniewski.

9. Bezirk.

Kattowitz: Kundschof, Zwardon.

10. Bezirk.

Chemnitz: Gierh.

11. Bezirk.

Bremen: Dopler.

12. Bezirk.

13. Bezirk.

Solidarismus und christlich-soziale Idee

Aus dem Dunkel der niedergehenden Zeiten des Antertums, aus dem ungeheuren Ausschrei der Menschen nach Recht, Gleichberechtigung, Gleichachtung, nach dem Recht der Persönlichkeit, der das ganze Antertum durchflutete, war ein Hohngeächter auf Menschentum geworden. Was galt der Mensch, was galt der Mann, was galt die Frau? Asien und Afrika waren nur Rekrutierungsgebiete für die Sklaven die Rom gebrauchte. Delos und die übrigen Inseln des ägäischen Meeres Stationen für den Sklavenhandel. In Ketten lagen sie in ihren elenden Hütten, verkrümmt, verkommen; ein schreckliches Produkt eines materialistischen Zeitalters. Es wird jetzt so häufig das Wort Scharfmacher und Blut-sauger gebraucht. Die Herrenmenschen des Antertums, die Reichen, die Handelsherren, die Konsuln, die Prä-toren waren es in Wirklichkeit.

Wer hinderte den Römer Apulejus, seine Skla-ven den Märtyrern in seinen Zeichen vorwerfen zu las-sen, um seinen Gästen einmal ein gutes Mahl vorzusetzen? Nichts. Die Sittenlehre vielmehr? Die war auf das Her-renmenschen gestellt. Die Götter? Er lächelte ja darüber, denn sie hatten nach seiner Ansicht die glei-chen Leidenschaften wie er.

Die Sklaven in Rom alt und schwach geworden, so wurden sie auf die Iberinsel gebracht, um dort zu verhungern. Bewegt einen Römer ihr Geschrei und ihr Gestöhn. Nein. Er ging kalten Herzens da-ran vorüber.

In diese furchtbare Zeit trat das Christentum. Das ist der Wendepunkt der Zeit, der gewaltige Aufruf zum sozialen Recht und zum sozialen Gefühl als Christus das kurze aber für die Zeit in seiner Wucht geradezu ungeheure Wort sprach:

„Du sollst deinen Nächsten lieben, wie dich selbst.“

Das ist eins der größten Gesetze, die seit Beginn der Welt gegeben wurden. Das Christentum weiß zwar auch, daß die Menschen die soziale Not niemals ganz überwinden können, daß es einen Himmel auf Erden nie-mals geben wird, sondern daß Not und Elend immer über den Erdball ziehen werden. Das Christentum weiß auch, daß mit wirtschaftlichen Maßnahmen allein die Not eines Volkes, einer Zeit oder der Welt nicht behoben werden kann. Das Christentum weiß auch, daß es noch lange nicht genügt, jedem das Gleiche zu geben, oder jedem ein angenehmes Leben zu sichern, um das so-ziale Glück und den sozialen Frieden der Menschheit zu geben. Denn sonst müßten ja die Reichen, die Schlei-ber und Wucherer die edelsten Menschen sein, denn sie haben ja letzten Endes alles, was ihr Herz begehrt. Nein, nicht die Verhältnisse allein machen den Men-schen, wie es die sozialistische Idee lehrt, sondern der Mensch schafft die Verhältnisse.

Um die Verhältnisse zu bessern und zu heben, wollte das Christentum den Hebel angelegt wissen beim ein-zelnen Menschen, um von ihm aus zur Regelung der Wirtschaft zu gelangen.

Das Christentum vertrat zuerst den Gedanken, daß die Arbeit, jede Arbeit etwas Heiliges und Großes sei und der Satz des Apostels Paulus an die Thessalonicher „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ ist das erste Gebot

allgemeiner Arbeitspflicht.

Sie ist nicht kommunistischen Ursprungs, wie diese Herren so gerne glauben machen möchten, sondern konnte nur entstehen auf dem Boden des Christentums, das die Ar-beit des Einzelnen für die Gesamtheit und der Gesamtheit für den Einzelnen forderte.

War einmal das Gebot der allgemeinen Arbeits-pflicht angelegt, so folgte mit Notwendigkeit daraus das Gebot des

gerechten Lohnes

in den Worten, die Christus selbst ausspricht in der Knappen, aber inhaltsreichen Lohngeßform: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.“ (Lukas 10,7).

Gerechtigkeit ist die erste Hauptforderung des Chri-stentums gewesen, Recht dem Einzelnen und der Ge-samtheit, aber neben der Gerechtigkeit verlangt das Chri-stentum ausgeprägtestes soziales Gefühl.

Das Gebot unbedingter Nächstenliebe legt ein. Und zwar ist die Nächstenliebe nicht mehr gebunden an den einzelnen Stamm oder an das eigene Volk, sondern greift darüber hinaus in die ganze Welt, es umfaßt die ganze

Menschheit. Jeder Mensch ist unser Nächster. Keine Phi-losophie des Antertums, kein religiöses Gesetz w. zte es, sich derart den egoistischen Zielen in der Menschheit ent-genzustimmen und sie aufzurufen zum Kampf für den Idealismus, für das soziale Recht und das soziale Ge-fühl. Ein heiliges Wehe spricht das Christentum über die aus, die sich gegen die soziale Idee stellen.

„Es wird aber ein unbarmherziges Gericht über den ergehen, der keine Barmherzigkeit gelbt hat“ (Jako-bus 2,13). „Wenn aber jemand dieser Welt Alter hat, und steht seinen Bruder darben, und schließt sein Herz vor ihm zu, wie bleibt die Liebe Gottes bei ihm? (Joh. 1,8).

Unerhört für alle Zeiten aber war das Gebot der Feindesliebe, das das Christentum hat. Man kann sich keine schärfere Scheidungslinie denken zwischen Christen-tum und sozialistischer Idee als dieses Gebot, denn es vertritt grundsätzlich das Prinzip der Rache, aus dem der Klassenkampf sich zusammensetzt. Das Gebot besagt aber nun nicht, daß alles und jedes ertragen werden soll. Im Gegenteil. Mit gerechten und berechtigten Mit-teln darf und muß man seine Lage heben und seinem Gegner gegenüber treten. Aber das Motiv der Rache, auf dem sich der Klassenkampf aufbaut, ist dem Gedanken des Christentums direkt entgegengesetzt.

Das Hauptprinzip, das das Christentum als Wez-melner mitten in die materialistische und egoistische Welt hineinstellte, war

das Prinzip der Gleichberechtigung und Gleichachtung.

Das das Antertum nicht kannte, das forderte das Christentum. „Der Bornehmste unter Euch soll sein, wie der Diener“, heißt es bei Lukas und im gleichen Geiste spricht Paulus: „Einer komme dem andern mit Ehrerbietung entgegen.“ Bezeichnend für das soziale Denken des Christentums ist das Verhalten des Apostels Paulus ge-gen den entlaufenen Sklaven Onesimus. Als Paulus ihn in Rom kennen gelernt hatte, überzeugte er ihn, daß es seine Pflicht sei, freiwillig zurückzukehren. Aber in dem Briefe, den der Apostel dem Onesimus an seinen Herrn Philemon, der auch ein Christ war, mitgibt, heißt es, daß Philemon sich des Onesimus annehme, „nicht mehr als Knecht, sondern mehr denn einen Knecht, einen lie-ben Bruder. So er aber dir etwas Schaden getan hat oder schuldig ist, das rechne mir zu.“ So arbeitete das Christentum auf die innere Überwindung der Standesunterschiede hin.

Das mußte aber geschehen, wenn das Christentum die größte soziale Tat, die Aufhebung der Sklaverei er-füllen wollte. Wir haben schon im ersten Artikel „So-lidarismus und antike soziale Idee“ gezeigt, wie das An-tertum über den Sklaven dachte, wie es eine Notwendig-keit seiner ganzen Religions- und Gesellschaftsauffassung nach war.

Das Heidentum konnte nach seiner ganzen Auffas-sung an eine prinzipielle Befreiung der Sklaverei gar nicht denken, es hätte es um so weniger gekonnt, weil die Religion des Antertums sich mit der Sklaverei ab-gefunden hatte, ja auch in ihren Dienst stellte. Sollte mit der Sklaverei gebrochen werden, so mußten vor allem die sittlichen Anschauungen umgestaltet werden, um im geistigen Leben der Gesellschaft der Sklaverei den Boden zu entziehen.

Diese höhere M., die das beverflichtigte und die mit einer unerhörten Kraft die sittliche Gleichberech-tigung aller Menschen proklamierte, war das Christentum. Durch das große Wort des Bülkerapostels Paulus: „In Christo ist kein Unterschied zwischen Sklaven und Freien“, war das Prinzip der Sklaverei durchbrochen. Welch eines tiefgreifenden Umschwungs der Anschauungen be-durfte es bei den Herren, in den so verabscheuten, als vernunftlos geltenden Sklaven nun Brüder zu erblicken, die in sich auch eine unsterbliche Seele trugen und genau so viel galten vor dem Weltenrichter als sie auch. Welch eines vollständig geistigen Umschwungs mußte es be-dürft haben, bis zu Ende des zweiten Jahrhunderts in der Kirche zu Kallist ein Sklave Bischof wurde. Es waren eben im Christentum die starken Kräfte, die eine Befreiung der Sklaverei bewirken mußten, selbst wenn auch die Kirche, infolge ihrer materiellen Schwäche gegen-über dem Übergewicht des heidnischen Staates kein di-rektes Verbot erließ. Sie wirkte durch ihre Idee und diese Kraft untergrub die mit dem Heidentum verbunde-nen Anschauungen der Sklaverei.

Ohne das Christentum wäre es niemals zu einer solchen tiefgreifenden Reform gekommen, sie hat den Armen der Armen emporgelassen an das Licht, sie hat durch ihre Kraft den als Tier geltenden in die freie Klasse der Menschen emporgelassen. Dieser gewaltigen sozialen Tat hat keine zweite Gemeinschaft auch nur im entferntesten etwas Ähnliches an die Seite zu legen.

Die innere Kultur der Menschheit, die bis dahin tief und bloß lag, ist durch diese gewaltige Reformarbeit des Christentums zum erstenmal eine bedeutende Stufe höher geführt worden zu dem letzten und höchsten, was die Menschheit erreichen kann, zum wahren Gemeinschaftsleben und Gemeinheitsarbeiten der Menschheit.

Christentum ist Sozialismus

Das hat sich am deutlichsten in der ganzen sozialen Rechtsauffassung gezeigt, die es vertritt, die aber auch die einzige Grundlage abgibt, um die Menschheit wirklich den Höhen zuzuführen.

Es war aber nicht allein das Ringen um die sittliche Gleichberechtigung, dem das Christentum seinen vornehmsten Stempel aufdrückte, wo das Christentum stark genug war, griff es seinen Prinzipien und Ideen vorwärts in den Gang der Wirtschaft ein und regulierte sie im Sinne des sozialen Rechtes. Bei dem ungeheuren Egoismus, der die menschliche Seele durchdringt, und der immer nur rücksichtslos seinen eigenen Vorteil sucht, war es dem Christentum wenigstens einmal möglich, einem Zeitalter und seiner Wirtschaft das Reichen des sozialen Gefühls zu geben.

Diesen sittlichen Charakterzug zeigt die Wirtschaft des Mittelalters, vor allem die Verfassung der Zünfte.

Es kommt hier nicht auf die äußere Form der Zünfte an, sie ist zerbrochen und auch unmöglich in der Zeit der modernen Weltwirtschaft. Worauf es ankommt, ist, daß das Mittelalter besonders in der Hochblüte der Zünfte es verstand, das Wirtschaftsleben mit sittlichen Ideen zu durchdringen, dergestalt, daß Mensch und sittliche Idee Endzweck der Wirtschaft war und nicht umgekehrt.

Reich sagt mit Recht von der mittelalterlichen Gesellschaftsordnung, daß in ihr eine innige Verbindung des Weltlichen mit dem Religiösen gewesen sei, und das Streben, so durch das Irdische zu wandeln, daß das Ewige dadurch nicht verloren ging. Die Organisation des mittelalterlichen Gewerbestandes ist wirklich beherrscht von dem sittlichen Geiste des Christentums, Wahre, kraftvolle Moralität ist nur aus diesem sittlichen Geiste. Dieser bekämpft einerseits die trennenden Momente, welche der genossenschaftlichen Verbindung entgegenwirken mögen: Selbstsucht, Kleinlichkeit, Müßiggang, Untätigkeit, andererseits ebnet er jener Verbindung den Weg durch die kraftvolle Betonung der die Menschen einigenden Bande vor allem durch die Verkündigung des Gesetzes der Liebe. Wenn so eine moralisch vereinigende Kraft auf die Glieder der Genossenschaft einwirkt, können auch allgemeine Zwecke den einzelnen Interessen übergeordnet werden, und dann kommt der „Gemeingeist, die Quelle des Herrlichen und Guten“, zur Entfaltung.

Klassenkämpfer

II.

Daß Siebnacht keine Ausnahme war, sondern daß die ganze revolutionäre „Führer“-Klique über denselben Kamm geschrien war, zeigen folgende Stellen aus dem Buche Emil Barth's:

„Am anderen Morgen besprach ich die ganze Situation eingehend mit Ernst Däumig, der ganz meiner Auffassung war. Ich drang in Däumig, daß er mit Haase und Bedebour ein ernstes Wort reden sollte, damit wir uns endlich zusammensetzen könnten, um das eingehend zu besprechen, was am Tage nach der Revolution zu geschehen habe, es soweit wie möglich organisatorisch zu gestalten und prinzipiell festzulegen. Seit vier Monaten drang ich auf diese Sitzungen. Erst hatte sich Däumig ablehnend verhalten, dann aber hatte er mich seit drei Monaten äußerst lebhaft unterstützt. Aber immer vergeblich. Haase erklärte einfach, vorher solle sich das gar nicht festlegen. Es war die Angst vor der eigenen Courage, die Angst, daß bei einem Mißlingen ihm etwa eine positive Beteiligung nachgewiesen werden könnte. Die Sitzung kam auch nie zustande.“

„Am Donnerstag, dem 31. Oktober, fand zu Ehren Siebnachts ein Empfangsabend in der russischen Botschaft statt. Es war mir — Richard Müller und ich waren zusammen — das erstmal vergönnt, die geistigen Spitzen und Träger der deutschen Revolution zu sehen. Da machte ich die Erfahrung, daß man, um zu begreifen, weder in Byzanz, noch im Sonnenstrahl eines halbbovenen Czaren zu weilen braucht. Dieses gegenseitige Bewundern und Anknüpfen war geradezu widerlich. Ich konnte über all die ausgezögerten Bescheidenheit.“

„Und als endlich die große Aktion kommt, zu der gerade Bar... am energischsten und systematischsten getrieben hatte, da muß ich Barth eingestehen:

„Es ist bitter, aber wahr! Seit Monaten drängte ich darauf, planvoll alles vorzubereiten, für den Tag nach dem Kampfe, einen Plan und die dazu notwendige Organisation. Es rät sich vielleicht bitter, daß wir in der Stunde der Handlungswendigkeit die Zeit verdröseln müssen mit Diskussionen. In den ersten Tagen muß sich entscheiden, ob die an die Spitze zu stellenden Männer die Größe ihrer Stunde erreichen vermögen, oder ob sie um des Punktes willen tausend Möglichkeiten zertrümmern. Ob sie die Ernährungs-, Arbeitsbeschaffungs-, Waffenstillstands-, Friedens- und Demobilisations- und Mobilisationsfragen zu lösen verstehen. Wer und was die Männer sind. Nichts, absolut nichts ist geplant und organisiert.“

„Und am Tage der Revolution, als die Massen auf der Straße sind und Barth von seinem „Großen Hauptquar-

„Indem die Zünfte durch genossenschaftliche Selbstkontrolle, Selbstpolizei und Selbstbeschränkung für das Interesse des konsumierenden Proletariats sorgen, fördern sie gleichzeitig das Gemeinwohl und die Ehre der eigenen Arbeit und führen so eine glückliche Harmonie der kollidierenden Interessen herbei, wie sie freilich nur so lange möglich war, als der Gemeinwohl, über dem Egoismus, die Ehrlichkeit über der Gewinnlust stand.“

Wären die Ideen des Christentums immer maßgebend gewesen hätte die Menschheit nicht immer wieder den Weg des trüben Egoismus beschritten, es wäre besser aus. Es gäbe keine Ausbeuter und Ausgebeuteten, keine Scharfmacher und Unterdrückten, nur der Geist des Materialismus, dem der extreme Kapitalismus und die sozialistische Idee huldbigen, haben uns ins Verderben getrieben. Sie sind die Schuldigen an der Unterdrückung, am Weltkrieg und dem unzähligen Heer an Toten.

Die sozialistische Idee mag tausendmal behaupten, sie führe die Menschheit nach oben, in Wirklichkeit wirft sie Böller und Menschen in den Abgrund, weil sie die sittlichen Ideale verneint, weil sie keine ethischen Motive kennt, sondern nur das rein Materielle im Auge hat.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung weiß, warum sie mit aller Energie den Gedanken des Christentums verteidigt. Christentum ist Aufrichtigkeit, ist Gerechtigkeit, ist Gleichberechtigung. Das Christentum ist der einzige Faktor, der auch das deutsche Volk wieder hochbringen kann.

Arbeitsordnung

Heinrich Kreil.

Der Arbeitsvertrag unterliegt der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. So lautet die theoretische Formel. Die Praxis war in der Vergangenheit anders. Der Arbeitsvertrag gliedert sich in zwei Hauptteile: das Lohnabkommen und die Arbeitsordnung. Der „Lohnvertrag“ bestand früher meist darin, daß der Arbeiter die Arbeit antrat ohne Ausbedingung einer bestimmten Lohnhöhe. Nach Abschluß der Lohnperiode (oft erst 4 bis 6 Wochen nach der Arbeitsaufnahme) wurde ihm die Lohnliste in die Hand gedrückt und er konnte dann aus derselben erschen, was ihm als Verdienst zuerkannt wurde. Diese Praxis wurde durch den Abschluß von Kollektivverträgen (Tarifverträgen) beseitigt. Jeder Arbeiter weiß jetzt vor der Arbeitsaufnahme auf welchen Mindestlohn er Anspruch hat. Die allgemeine Einführung der Tarifverträge verdanken wir dem Abkommen der Spitzenverbände vom 15. November 1918, das zu den industriellen Arbeitsgemeinschaften führte und das im Gegensatz zu früher in der Lohnfrage erst ein eigentliches Vertragsverhältnis schuf.

Umwahl: war auch die Behauptung vom „freien Arbeitsvertrag“ hinsichtlich der Arbeitsordnung. Dieselbe wurde in der Vergangenheit nicht mit dem Arbeiter oder einer Vertretung derselben vereinbart, sondern vom Unternehmer einseitig diktiert. Wohl schrieb die Gewerbeordnung in ihrem § 134b vor, daß vor Erlass einer Arbeitsordnung den großjährigen Arbeitern des Betriebes bzw. dem ständigen Arbeiterausschuß Gelegenheit zur

Äußerung gegeben werden mußte. Der Unternehmer genigte dieser Gesetzesvorschrift, wenn er die Arbeiterschaft anhörte. Er brauchte aber auf deren Wünsche keine Rücksicht zu nehmen, sondern konnte nach Erledigung der Formalität seine Arbeitsordnung zum Betriebsgeheimnis machen. Dem Arbeiter wurde dieselbe bei der Arbeitsaufnahme vorgelegt. War er nicht mit derselben einverstanden, so blieb ihm die Arbeitsstelle verschlossen. Der Kampf ums tägliche Brot nahm dem Arbeiter die Möglichkeit, gegen die N. O. oder einzelne Bestimmungen derselben Einspruch zu erheben.

Mit diesem unbilligen Rechtszustand hat das vorradikale Gesetz so verbundene Betriebsrätegesetz aufgeräumt. Nach § 78 und § 80 dieses Gesetzes soll der Arbeiterrat binnen 3 Monaten nach Inkrafttreten derselben mit dem Arbeitgeber eine neue Arbeitsordnung vereinbaren, falls die geltende vor dem 1. Januar 1919 erlassen wurde. Diese Frist erwidert sich als zu kurz, da die Wahlen der Betriebsräte durch den Kappputsch eine beträchtliche Verzögerung erfahren hatten. Der Termin wurde auf den 1. September verschoben.

Die Arbeiterräte haben somit bis zu diesem Zeitpunkt eine neue Arbeitsordnung mit ihrem Arbeitgeber zu vereinbaren. Es liegt nun im Interesse der Arbeiterschaft nicht so viele verschiedenartige Arbeitsordnungen zu vereinbaren, als es Betriebe in Deutschland gibt. Diese Gefahr besteht, wenn die Arbeiterräte ohne einheitlich: Unterlagen in die Verhandlungen eintreten. Die Folge wäre, daß teilweise gute, den Zeitverhältnissen angepaßte Arbeitsordnungen geschaffen würden, teilweise aber auch Bestimmungen Aufnahme finden würden, die aus alten Arbeitsordnungen übernommen, der veränderten Zeitlage nicht Rechnung trügen. Die Betriebsverhältnisse sind nicht so verschiedenartig, daß sich nicht wenigstens allgemeine Normen für eine Arbeitsordnung schaffen ließen.

Von diesem Gedanken befeelt, wurden zentrale Verhandlungen zwischen dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller und den Metallarbeiterorganisationen angeregt. Derselben wurden am 22. und 23. April in Berlin aufgenommen, am 5. Mai in einer engeren Kommissionsberatung fortgeführt und am 30. Juni und 1. Juli beendet. Die Verhandlungen wurden getätigt zwischen dem Gesamtverband deutscher Maschinenindustrieller einerseits und dem christlichen Metallarbeiterverband, dem deutschen Metallarbeiterverband und dem Gewerkeverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter (H. D.) andererseits. Beiderseits war eine Kommission von 15 Mitgliedern bzw. eine engere Kommission von 7 Mitgliedern eingesetzt. Die Vereinbarung soll für das ganze Reichsgebiet gelten mit Ausnahme des Bezirks der nordwestlichen Gruppe deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Die Arbeitgeber hatten eine Normalarbeitsordnung ausgearbeitet. Diese war jedoch für die Gewerkschaften unannehmbar, waren doch in derselben aus allen möglichen bestehenden Arbeitsordnungen die Bestimmungen mit großer Sorgfalt zusammengestellt, darunter Bestimmungen, die teilweise seit langem von der organisierten Arbeiterschaft lebhaft bekämpft wurden, z. B. das Verlangen der ärztlichen Untersuchung bei der Arbeitsaufnahme u. a. m.

„Hier“ aus den Gang des Aufstandes leitet, bekommt er „Hieben“ Besuch.

„Um 1/2 12 Uhr kam Richard Müller zu mir. Ich begrüßte ihn: „Gott sei gedankt und gepfiffen, daß endlich einer kommt, damit wir uns über die nächsten Maßnahmen besprechen. Wo kommst Du denn jetzt her?“ „Ich komme jetzt von zu Hause. Jetzt gehe ich erst etwas essen, und dann will ich mal ein bißchen Revolution ansehen“, erwiderte er und verschwand. Das war für mich ein Dampf.“

Das war der große Leichenmüller, der spätere Redakteur der roten Metallarbeiterzeitung, am Tage der Revolution!

„Ich fuhr nun mit nach dem Reichstag. Da saßen nun im Zimmer 18 die Leuchten und Größen der U. S. P., so unbeholfen und zerfahren, wie eine vom Marder umkreiste Hühnerchar. Alles schrie: „Haase!“, wenn nur Haase da wäre, als ob von ihm das Heil der Welt abhänge. Der eine schrie hü, der andere hott. Die Kreteinerung des Parlamentarismus zeugte potenzierte Hilflosigkeit. Während die Demagoger der U. S. P. in jedem Zimmer des Hauses eine andere Soldatenversammlung abhielten, gegen die U. S. P. hehend, ebenso in allen Kasernen, sah ein Teil der U. S. P.-Führer zusammen, um sich gegenseitig die Lösung des Welttrübsals vorzubeklämmern, während die andere Hälfte auf den Straßen Reden schwang, auf der Straße, statt in den Kasernen, bei den uns sicheren Arbeitern. Statt bei den Soldaten.

Eins wurde mir an diesem Abend klar: den Leuten fehlte jedweder Rebellentrost, es fehlte der von Leib und Haas gespeicherte Wille. Weber um die Liebe zur Masse, zum hungernden, schnehenden, den ewigen Soldatentum leuchtenden Proletariat, noch um des Halbes gegen dessen Feinde, Schächer und Schlächter willen taten sie etwas, was dem eigenen Ich gefährlich werden konnte. Es waren Männer der Theorie, die die Interessen einer der Masse dienenden Idee mit ihren eigenen Interessen identifizierten. Es waren Männer, denen das urwüchsige und elementare proletarische Empfinden fehlte, da sie selbst wenig materielle Not empfanden und wenn dies einmal der Fall gewesen, es längst vergessen hatten.

In solchen Zeiten, wo Sekunden die Bedeutung von Jahrhunderten haben, da reden sie, statt zu handeln, da wagen sie, statt zu wagen, da haben sie immer die schon vorgestern notwendige Auffassung über die Dinge und die Menschen, d. h. sie humpeln dauernd den Ereignissen nach, markieren den Führer, wo sie dauernd Nachläufer der Masse sind, über die sie loben und schimpfen, weil sie es wagt, anders, besser und schneller zu handeln, als sie, die vom Glorionschein umstrahlten Führer.“

Und nun weiter in der Charakterisierung der „Männer der Revolution“:

„Ebert und Scheidemann, zwei über wenig Wissen verfügende, aber mit Fuchschlauheit, mit Sophistik und Streberhaftigkeit bis oben hin vollgefüllte, in der Parteibürokratie ausgebildete Routiniers, waren nur Puppen in der Hand eines Landstübs. Dieser war ein ebenso gescheiter wie gewissenloser Kopf, ein außerordentlich tüchtiger, geistiger und überzeugend debattierender Jurist, ein mit allem gesellschaftlichen Sinitz überludener Weltmann, und ein mit dreifachem Haas erfüllter und nur diesem Haase lebender, ihm strupellos alles opfernden Mann.“

„Haase war einer der ehrlichsten Menschen, die ich je kennen gelernt, aber absolut kein Tatmensch. Er war ewig bestrebt, es mit keinem Menschen zu verderben, ein Zauderer, wo schnelle Entschlüsse zwingend sind, ein überzeugter Sozialist aus geistigem Erfassen und Erfassen des historischen Materialismus; dies aber, ohne das nur durch Geld und Not zu erwerben gesunde, proletarische Empfinden, das allein vermag, falls es nicht durch brutale, das gesunde Rechtsempfinden aufpeitschende persönliche Vergewaltigung erzeugt wird, wahrhaft revolutionäres Empfinden und revolutionäre Tatkraft auszulösen.“

„Es war und ist der Fluch der deutschen Revolution, daß sie zuviel Generale besaß, die nicht danach saßen, „was“, sondern „wer“ etwas macht und voll Reich und Scheitern sofort unterminierend wirkten, wenn nicht sie selbst die Macher waren.“

Nach all dem mußte man eigentlich annehmen, daß Emil Barth, der Verfasser des Buches, der einzig wahre Revolutionär gewesen ist. Wenn man seine Tätigkeit in der „Illegalen Organisation“, seine systematische Vorbereitung der „Direkten Aktion“, die konsequente Durchführung seiner Pläne verfolgt, kommt man allerdings zu dem Schluß, daß er in Wahrheit die eigentlich treibende Kraft der Revolution gewesen ist, der die Hauptschuld an dem großen Zusammenbruch in Deutschlands schmerzlicher Stunde trägt. Allerdings hat seine Kraft nur zum Zerstreuen und Zertrümmern gereicht. Zum Aufbau war auch er unfähig.

So sehen die Heiden der Revolution, die Klassenkämpfer aus. Wie lange werden die deutschen Arbeiter noch hinter diesen „Führern“ herlaufen?

Der christliche Gewerkschafter kann auf all das nur mit dem tiefsten Mitleid für die dummgelasteten Massen blicken und dem schmerzlichsten Bedauern für unsere liebe deutsche Heimat, die immer noch in Gefahr steht, diesen Leuten in die Hände zu fallen. Unendlich wird er in christlichem Solidarismus, in praktischer Gewerkschafts- und Gemeinschaftsarbeit weiterstreben in der Hoffnung, daß der großen Masse der deutschen Arbeiterschaft rechtzeitig Vernunft und Besonnenheit kommt, daß sie die ablen Revolutionäre abhütet und mit uns den Weg beschreitet, der allein zum Aufstieg führen kann.

Auch der Umfang der vorgeschlagenen Arbeitsordnung entsprach nicht den Wünschen der Gewerkschaften. Die Arbeitgeber hatten das Bestreben, das Arbeitsverhältnis bis ins Einzelne hinein durch die Arbeitsordnung zu regeln. Dies entspricht nicht den Interessen der Arbeitergewerkschaft. Die Vertreter der Gewerkschaften bestanden deshalb darauf, daß die Arbeitsordnung so kurz wie möglich gehalten, sich möglichst auf die gesetzlichen Vorschriften beschränken und im übrigen die Regelung der Arbeitsbedingungen vornehmlich durch den Abschluß von Tarifverträgen erfolgen soll. Dieser grundsätzliche Standpunkt wurde erfreulicherweise zur Anerkennung gebracht. In dieser Hinsicht ist von grundsätzlicher Bedeutung folgende, in der Einleitung niedergelegte Bestimmung:

„Für alle Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses, über die die Arbeitsordnung nichts enthält, gelten die Bestimmungen der Tarifverträge. Diese gehen entgegenstehenden Bestimmungen der Arbeitsordnung vor.“

Die Normalarbeitsordnung legt Beginn und Ende des Arbeitsverhältnisses fest, enthält Ordnungsvorschriften bei Kündigung und Entlassung, regelt die Lohnberechnung und Lohnzahlung, sowie allgemeine Vorschriften über Ordnung und Sicherheit im Betrieb, Behandlung von Werkzeugen und Maschinen usw. Dieselbe unterscheidet zwischen Muß- und Kannvorschriften. Die „Muß“-vorschriften sind durch die Gewerbeordnung bedingt. Die Kannvorschriften stellen eine freiwillige Ergänzung der gesetzlichen Bestimmungen in der Arbeitsordnung dar und befassen sich meist mit Fragen der Ordnung im Betrieb. Auch hierin sollte sich die Verhandlungskommission weitest Beschränkung auf. Es gelang aber auch wertvolle materielle Verbesserungen in der Arbeitsordnung hinsichtlich Bezahlung veräußerter Arbeitszeit in folgender Bestimmung festzulegen:

„veräußerte Arbeitszeit wird in folgenden Fällen bezahlt:

- a) bei Betriebsunfällen bis zu acht Arbeitsstunden;
- b) beim Tode des in häuslicher Gemeinschaft lebenden Ehegatten bis zu acht Arbeitsstunden;
- c) beim Tode von in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindern unter 17 Jahren bis zu vier Arbeitsstunden.

Diese Zugeständnisse stellen gegenüber den bisherigen Arbeitsordnungen eine wesentliche Verbesserung dar. Weitergehende Abmachungen in Tarifverträgen werden dadurch nicht aufgehoben und nicht unterbunden.

Zu längeren Auseinandersetzungen führten die Bestimmungen, die das Eigentum des Arbeitgebers vor Diebstahl sichern sollen. Seitens der Arbeiter wurden gewisse aber umfangreiche Werkstücke durch die Werkangehörigen erbracht. Es handelt sich bei einzelnen Firmen hierbei um Millionenbeträge. Die Vertreter der Gewerkschaften übernahmen die Verpflichtung, mit allem Nachdruck auch ihrerseits dahin zu wirken, daß Treue und Ehrlichkeit innerhalb der Fabrikbetriebe entsprechend den früheren Verhältnissen wieder zur Anerkennung gebracht werden. Da in dieser Hinsicht nicht in allen Bezirken im gleichem Umfang Klagen vorliegen, wurde davon abgesehen, besondere Bestimmungen über den Schutz des Werkzeigentums festzulegen. Es bleibt dies den Betriebsinstanzen (Betriebsleitung und Arbeiterrat) entsprechend dem vorliegenden Bedürfnis überlassen. Dasselbe Verfahren wurde hinsichtlich der Bestimmungen der Bestrafungen gegen die Arbeitsordnung beiläufig. Es wurde davon Abstand genommen, in der Normalarbeitsordnung Strafbestimmungen festzulegen. Dagegen wurde folgender Schluppsatz geschaffen:

„Die Betriebsleitung stellt unter Mitwirkung des Arbeiterrats die Bestimmungen fest, welche bei Verstößen gegen die Arbeitsordnung zur Anwendung kommen sollen. Die erlassenen Bestimmungen bilden eine Ergänzung der Arbeitsordnung.“

Durch Protokollnotiz werden die hierbei in Frage kommenden Paragraphen des Betriebsrätegesetzes und der Gewerbeordnung niedergelegt. Es ist somit Sache der Arbeiterräte mit der Betriebsleitung die Bestimmungen zu treffen, die für ihren Betrieb angebracht und zweckmäßig erscheinen.

Die Normalarbeitsordnung als Ganzes betrachtet, bedeutet gegenüber den bisherigen Verhältnissen in Form und Inhalt einen bedeutenden Fortschritt. Es wäre zu wünschen, daß sich die Arbeitergewerkschaft in ihrer Gesamtheit für dieselbe reif zeigt und nicht dem Arbeitgeber die Handhabe zur Verschärfung derselben liefert. Sobald die eingesezte Redaktionskommission ihre Arbeiten beendet hat, wird die Arbeitsordnung den Kollegen zugänglich gemacht und muß dann auf Grund derselben sofort die örtliche bezw. betriebsweise Verhandlung aufgenommen werden.

Wird's denn überhaupt nicht besser?

Von einem Tag zum andern läuft die Lebensmittel-tarfe elender. Brot schlecht, Kartoffeln wenig und teuer, und wann „billige“ Kartoffeln zu haben sind, dann bezahlt man mindestens ein Drittel Faule und Erde dabei. Ueberall steht die Frucht gut, Gemüse und Obst sind geradezu übermäßig geraten, trotzdem überall die höchsten Preise. Keiner will dabei etwas verdienen. Der Bauer sagt, er läme kaum auf seine Kosten, während der Handel uns weiß machen will und in den Zeitungen ein Paar fingierte Rechnungen aufführt, daß er eigentlich nur mit „Gotteslohn“ arbeite und von einem Gewinn fast überhaupt kein Wort sein könnte. Also keiner will etwas verdienen, trotzdem muß der Zeintner Kartoffeln, die im freien Verkauf sind, mit 80-120 Mark bezahlt

werden. Der Teufel mag wissen, wo denn eigentlich die Abgründe sind, die das Geld verschlingen, wenn es der Produzent und der Händler nicht sind. Genau so geht es mit allen anderen Artikeln. Vor uns liegt eine Schusterrechnung über zwei Paar Herrenschuhe, Sohlen und Absätze: das eine Paar kostet 74,50 Mark und das andere 71.— Mark. Dabei ist der von der Schuhmachereinnung festgesetzte Preis für Herrensohlen und Absätze 60.— Mark. Und in diesen 60.— Mark wird schon ein angemessener Gewinn liegen, denn für den bekannten Lohn: „Kannste wesslele“ arbeitet auch der Schuster nicht. Nun erklärt selber Schuster kreuzfidel: „Ja das ist Auslandsleder, das kostet so und soviel.“ So, lieber Prolet, jetzt gehe hin und schimpfe und drohe eventuell mit Anzeigen, du darfst wohl überzeugt sein, daß du, wenn du schon irgendwie bekannt bist, auf die schwarze Liste kommst, oder gar deine Schuhe im Süden der Stadt zum Besohlen geben mußt, wenn du im Norden lebst.

Wenn man sich den ganzen Schlenker betrachtet, den mammonistischen Geist, der überall herrscht und der doch wieder meistens nur am Kleinen Mann zehrt, dann könnte einem der Gel packen. Früher war die Parole für deutsche Ware: Billig und gut, jetzt heißt sie genau umgekehrt: Teuer und schlecht.

Jeder will möglichst schnell und möglichst bedeutend auf Kosten seiner Mitbürger sich bereichern, und der am meisten darunter leidet, ist der Kleine Mann, der Prolet. Zu einer ganzen Reihe von deutschen Städten hat es Ichthiu Lebensmittel-Krawalle gegeben, deren Ursachen einmal näher betrachtet werden müssen.

Fast überall nahmen die Unruhen ihren Ausgang von den teuren Obstpreisen, die das Maß der Erbitterung gegen die, trotz der verbesserten Valuta zum großen Teil immer noch steigenden Lebensmittelpreise (Fleisch, Butter, Milch, Mehl, Brot) zum Ueberlaufen brachte.

Das Volk hat mehr Verständnis für die Zwangslage der Zeit wie man gemeinhin annimmt. Man denke an die Ruhe, mit der die Verteuerung des Brotes und Mehls durch den notwendigen Zusatz ausländischer Produkte hingenommen wurde.

Die Berrunft ist auch in den Schichten des sogenannten Proletariats durchaus vorhanden, sofern sie frei von suggestiv politischen Einflüssen bleibt.

Zimmerhin war natürlich die Stimmung erregt und vertrat keine allzustarke Belastungsproben. In dieser Stimmung wirkten die Wucherpreise für das Obst allerdings wie der Funke auf das Pulverfaß.

Vor einigen Wochen ging durch alle Zeitungen die Notiz von der Rekordkirschernte, die sich auch durchweg als richtig erwies.

Dann kamen die Kirschen, und, obwohl es sich hier um deutsche Waren handelte, setzte ein geradezu nichts-tollriger Wucher ein, den keine Berrunft für berechtigt halten konnten.

Jetzt erst baute die Wut die Massen zur Aktivität zusammen. Wie üblich erschien der lauernde Mob auf der Wildfläche und die Krawalle waren fertig.

Hierzu ist zweierlei zu sagen:

Erst nachdem der Wucher sich länger als drei Wochen nach Herzenslust ausgetobt und nachdem hier und dort die ersten Explosionen der Volkseifersucht stattgefunden hatten, erst dann erschienen Mahnungen der Ueberwachungsbehörden an die am Wucher Beteiligten. Natürlich zu spät.

Wenn die Kommunalbehörden während der Krawalle Verfügungen erlassen konnten, daß Händler, die Wucher trieben, sofort verhaftet und ihre Waren konfiszieren ziert würden, warum denn nicht drei Wochen früher? Hier ist den staatlichen Organen ein schwerer Vorwurf nicht zu ersparen.

Wir haben es wirklich nicht notwendig zu betonen, daß wir diese Lebensmittelkrawalle verurteilen, denn sie bringen die Lebensmittelmisere nicht aus dem Schlamm, sondern verschärfen sie noch, aber was unter der Masse steht, wird die Wut, die sich gegen die teuren Preise richtet verstehen, wenn sie sich auch nicht rechtzieren läßt.

Dazu kommt, daß trotz des hohen Minimallohnes der Reallohn geradezu jämmerlich steht. Wer früher einen Monatslohn von 150 Mark hatte, konnte sich dafür einen sehr guten Anzug für 80 Mark kaufen und hatte noch 70 Mark für den Monat übrig. Wer jetzt 2000 Mark verdient im Monat, bezahlt sein ganzes Gehalt für einen Anzug, und der ist noch miserabel.

Aber es wird draufgeschlagen, der Käufer muß zahlen. Denn er muß sich ja kleiden. Also —

So geht es in einem fort, die ganze Stufenleiter hindurch. Werden dann irgendwo Höchstpreise festgesetzt, flugs wird alles aus dem Handel zurückgezogen und der „wackre Bürger“ schaut wieder in leere Schaufenster, während alles unter der Hand für „treue und gute Zahler“ noch zu haben ist.

Wir vermessen noch immer eine exemplarische Bestrafung der Großwucherer und Großhändler. Daß man den Gewinn einzieht, ist eine viel zu milde Strafe. Wer in einer solchen Zeit fortgesetzt, trotz den vielen Mahnungen und Warnungen dem Volke die Kraft aussaugt, ist ein Spaltpilz und muß als solcher vernichtet werden. Das Leben von ein paar Duzend Großhändlern ist keinen Pfifferling wert und die Lehre würde ordentlich heilsam wirken, darauf könnte man sich verlassen. Statt dessen packt man die arme Arbeiterfrau, die mit ein paar Pfund Kartoffeln weither kommt.

Daß Produzent und Handel angemessene Gewinne erzielen müssen, ist selbstverständlich. Aber das gibt sich mit einem angemessenen Gewinn nicht zufrieden, es wird alles gleich ins Wucherische hinaufgesteuert.

Das Schlimme ist, daß alle Waren gekauft werden, gleich welchen Preis sie haben und ob sie notwendig sind oder nicht.

Da sind z. B. Kirschen, Pfirsiche, Johannisbeeren, Pfund 3 Mark, 5 Mark, 5,50 Mark je nachdem.

Sie werden gekauft.

Einen Teil der Arbeiterschaft kann man wirklich nicht von dem Vorwurfe freisprechen, daß sie durch die Käufe auch der nicht zum Essen notwendigen Sachen die Preise hochgehalten haben. Wenn sich die Arbeiterschaft vereinigt mit der Wuchererschaft zum Wochelt zusammengeschlossen hätten, gegen die Wucherpreise auf dem Obstmarkt, wären bei der Rekorderte und bei dem riesigen Angebot um das Doppelte gefallen.

Der Einzelne sagt sich zwar: „Auf mich kommt es nicht an, die Kinder wollen auch mal gern ein Pfund Kirschen.“ — er dürfte aber wissen, daß Tropfen ein Meer machen.

Zur Preisregelung müssen alle berufenen Kreise zusammenwirken. In den Selbstverwaltungskörpern, die aus Unternehmen, Handel und Arbeitnehmern zusammengesetzt sind, soll durch eine vernünftige Preispolitik das Wirtschaftsleben auf eine bessere Grundlage gebracht werden. Vor alledem aber muß der Appell an Produzenten und Händler gerichtet, endlich eine Preispolitik zu machen, die nicht allein auf das eigene Portemonnaie Rücksicht nimmt, sondern auch auf die Notlage der Gesamtbevölkerung. Wir wollen nicht hoffen, daß der deutsche Produzent und Kaufmann, der vor dem Kriege wegen seiner Ehrlichkeit bekannt war, jetzt die Notlage des Volkes einfach noch weiter ausbeutet, zum Verbrecher an der Nation wird und an ihrem Untergang mitarbeitet. Nur durch ehrliches Zusammenarbeiten und Rücksichtnahme auf das Gesamtwohl kann unser deutsches Volk wieder genesen.

Streiflichter.

Die Ewig-Wandebaren.

Emil Barth, der Schöpfer der illegalen Organisation und Unterminister des deutschen Volkes gibt in seinem Buch „Aus der Werkstatt der Revolution“ (siehe Feuilleton) eine glänzende Charakteristik sozialdemokratischer Heiden, die nach Chamäleon's Art heute so und morgen so waren. Wir wollen das nicht an Herrn Scheidemann zeigen, von dem der „Vorwärts“ teilnehmend 1918, daß mit 54 und 50 der Scheidemann durch die Egellenzimmer weiter, der Mann der Volksbeauftragung, der dann beim Freibundvertrag die bekannte Hand verlor, dann Unbedeutendheit bei den U. S. machte und im übrigen Oberbürgermeister in Kassel ist. Also davon nicht. Wir möchten den Mann der Volkserziehung, Herrn Hänisch, etwas unter die Lupe nehmen. Selbiger redigierte früher mit dem in ylturbetrieb bekannten Herrn Mehlisch die „Dortmunder Arbeiterzeitung“. Ihre Tätigkeit bestand hauptsächlich darin, die Massen nach jeder Seite hin aufzupeitschen, sie zu radikalisieren, wobei natürlich die Religion manchen Hieb mit abgab. Dieser Mann, oberster Leiter der preussischen Volkserziehung, hatte im Jahre 1910 in seinem Blatte folgenden Erguß geübt:

„Wir sehen dem Himmel über den Wolken, den der Pfaffe den stumpfen Massen predigt, voll trophigen Mutes entgegen den Himmel auf Erden; den wir ihnen erkämpfen wollen! Zeugnissen wir ihnen ernstlich erst einmal zum klaren Bewußtsein, daß sie von Kindesbeinen an in der Hölle geschmachtet haben, wie sie schlimmer auch die Phantasie eines Dante nicht ausmalen konnte, und daß sie es überhaupt nicht einmal gemerkt haben! Zeigen wir die stumpfen Massen auf, zeigen wir sie immer von neuem auf gegen die schmerzhaften Zustände, in denen zu leben sie heute verdammt sind! Zeigen wir ihnen, daß sie heute in dieser göttlichen Weltordnung keine Menschen sind, daß sie zu Tieren herabgedrückt werden, daß das, was sie führen, kein Leben, sondern ein dumpfes tierisch-pflanzliches Dasein begehren ist! Zeigen wir ihnen, daß erst dann von einem echten und rechten Kulturbewußtsein gesprochen werden kann, wenn jeder Familie eine Existenz garantiert ist; wie sie heute — sagen wir — etwa ein Einkommen von 12- bis 15000 M. jährlich ermöglicht! Zum Teufel mit der verdammten Schamlosigkeit und Begehrenheit! Unbedenklich müssen die Massen gemacht werden, das ist unsere Hauptaufgabe.“

Also aufreizen, alles nur auf materielle Bedürfnisse einstellen, das Ehrliche möglichst zum Teufel jagen, das war und ist Hauptparade der sozialdemokratischen Presse und daran hat sich Herr Hänisch lobenswürdig beteiligt. Jetzt, wo man die Massen hineingetrieben hat in das feilsche Elend, steht man verwundert, möchte seine Hände in Unschuld waschen, aber es gelingt nicht. Die tiefste Schuld an unserem zeitlichen Zusammenbruch tragen diejenigen, die so „konsequent“ die materialistische Idee vertreten haben und die jetzt mal zur Abwechslung, weil man im Ministerium sitzt, auch etwas in Stil machen. Das Ewig-Wandebare ist ein Hauptzug der U. S. Unsere Kollegen mögen sich das wohl merken.

*

„Freie“ Gewerkschaften und Pressefreiheit.

Daß die sogenannten „freien“ Gewerkschaften je nach dem blicklichen Milieu mehrheitspolitisch, unabhängig, kommunistisch, ja sogar sozialistisch verhalten sind, wird auch bald die breite Öffentlichkeit begriffen haben. Die Gewerkschaftspolitik richtet sich nicht nach vernünftigen volkswirtschaftlichen Erwägungen, sondern nur danach, wie und wo man dem bruderverbundenen Parteistrukturen Bestandteile leisten kann. Dort, wo sich die christliche Gewerkschaftsbewegung gegenüber den „freien“ verhaltenmäßig gut verhalten hat, wird man die Folgen des revolutionären Kampfes nicht so spüren können. Anders aber in den Gewerkschaften, wo die Organisationen auf christlicher Seite nicht stark genug sind, um die Meinungslosigkeit der Gewerkschaften zu begegnen, die die Meinungslosigkeit weiter Bestreben ernstlich in Frage stellen. Für dieses Experiment werden sich bei zukünftigen Organisationen der „freien“ Gewerkschaften die im ebenen „freien“ Verband der deutschen Buchdrucker organisierten Gehilfen hergeben müssen. Die Generalversammlung dieses Verbandes hat nämlich den Beschluß gefaßt, daß bei zukünftigen von Partei und Gewerkschaften (sies: sozialdemokratisch) eingeleiteten Aktionen nur die von diesen an den einzelnen Orten oder an der Zentrale eingesezten Instanzen bestimmt wird, welche Presseereignisse und Publikationen zur Bekämpfung der gegenrevolutionären Bestrebungen herzugeben sind. Was man sich unter „gegenrevolutionär“ vorstellt, hat man eigenartiger Weise beschwiegen. Man hätte ja sonst gesehen müssen, daß bei der ersten besten Gelegenheit alles maniot gemacht werden soll, was nicht tödlich gefährdet ist. Und man hätte auch sagen müssen, daß sich zu jeder Vergegenwärtigung der Freiheit selbst jene Mitglieder des „freien“ Buchdruckerverbandes herzugeben gewillig sind, die noch nicht so „sozialistisch“ denken, unbegreiflicherweise aber immer noch nicht den Mut finden, sich der christlichen Buchdruckerorganisation anzuschließen. Wie man trotz dieser offenen Kampfsinnsage es noch wagen kann, eine Entschuldigungsanzunehmen, in der nichts mehr und nichts weniger als uneingeschränkte Pressefreiheit gefordert wird, damit geistige Anechtung und Kulturrückschritt abgewendet werden, wird der Öffentlichkeit ein Rätsel bleiben. Dieses demagogische Einfließen weiter Kreise — der Arbeiter sowohl wie der Unternehmer und nicht zuletzt der Regierung — ist bezeichnend für die Kampfsweise der „freien“ Gewerkschaften. Das hat gerade der Buchdruckerverband mehr als jede andere Gewerkschaft gegenüber der Prinzipalität und der Öffentlichkeit jahrelang verstanden und dadurch erreicht, daß er sich heute als Renjor der Presse auf

sind befreit, was denn die Regierung und die zuständigen Organismen zu der jetzt geschaffenen Situation sagen werden. So viel an uns liegt, wollen wir durch Förderung des Sauerberg-Bundes, der christlichen Buchdruckerorganisation, die Arbeit der Revolutionäre unterstützen.

Bekanntmachung des Vorstaube.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 26. Juli, der 31. Nachzahlungstag fällig für die Zeit vom 26. bis 31. Juli.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge

- Endwischhafen.** 1. Klasse 3.50 M., 2. Klasse 8 M., halbe Beitragsklasse 1.60 M., Lehrlinge 0.50 M.
- Blas. (Schlesien).** 1. Klasse 2.50 M., 2. Klasse 2.30 M., halbe Klasse 2 M., Jugendklasse 0.80 M.
- Megensburg.** 2. Klasse 2.50 M., Jugendklasse 1.20 M.

Aus dem Verbandsgebiet

Oberhausen-Rheinland. Am Dienstag, den 15. Juni, fand in der Union zu Oberhausen eine sehr gut besuchte Betriebsratsversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes für die G. S. S. Fall. Einleitend legte der Vorsitzende, Kollege Hentschmann, den Zweck der Zusammenkunft dar. Es handelte sich darum, zu der durch die Betriebsratswahl entstandenen Situation bei der Abgabe der Stimmen zu kommen. Es habe den Anschein, daß die Verschiebung nach links aufsehend dazu führen würde, statt der bisher im Vordergrund stehenden sachlichen Arbeit zum Wohle der Belegschaft, jetzt eine gewerkschaftliche Arbeit zu betreiben und würde wahrscheinlich das Ergebnis nachteilig beeinflussen. Die Arbeiterchaft sei bei der Wahl der Betriebsratsmitglieder nicht nur auf die Wahl der Kollegen zu achten, sondern auch auf die Wahl der Kollegen zu achten, die in der Vertretung unserer Verbände. Was sich dort ereignet habe, sei eine bodenlose Frechheit, die mit aller Schärfe zurückgewiesen werden müsse. Parteipolitik ist unser Verband neutral und jedem, auch führenden Mitglieder ist volle Freiheit in der politischen Betätigung gebührt. Dem Kollegen Kaufmann könne keine nachweisen, daß er die Interessen der Arbeiter gegenüber gestellt hätte. Referent legte dann Richtlinien für das zukünftige Verhalten der Gewerkschaften gegenüber dem Betrieb dar. Er bat um die Unterstützung der Betriebsratsmitglieder über die Tätigkeit des bisherigen Betriebsrates. Dem Bericht war zu entnehmen, daß in den Sitzungen ziemlich reichlich debattiert wird, im nötigen das praktische Ergebnis bisher ziemlich mager ausgefallen ist. Die „Korrespondenz“ der Metallarbeiterhandlung ohne Zweifel nach dem Prinzip, „Wiel Geschick sind wenig Köpfe“. Es ist halt auch bei der Hitze so, wie an vielen anderen Stellen auch — in den Versammlungen und Betrieben das Wort recht voll nehmen und von, wo das Eisen geschmiedet werden möchte, nämlich bei den Verhandlungen mit der Direktion haben gerade die links gerichteten „Herzschaffen“ vielfach dabei und wissen den Mund nicht aufzumachen, oder es wird über Dinge debattiert, die mit der Sache selbst gar nichts zu tun haben. Allgemeine Seite: Freie erregte es, daß ein kommunistisches Betriebsratsmitglied nicht einmal den Mund aufgebracht hatte um aus Anlaß eines familiären Besuchs für sich selbst einen Vorstoß bei der Betriebsleitung zu erwirken. Was will nun ein derartiger armer Schlufer für das Wohl der Belegschaft tun? Kaufmann berichtigte dann über das Verhalten der Arbeitergemeinschaft (gegen den Betrieb) zum Betriebsrat und Arbeiter. Es müsse eine klare Scheidung der Aufgabenbereiche vorgenommen werden. Sämtliche Taktik- und Verhandlungsfragen seien Aufgabe der Arbeitergemeinschaft, während der Arbeiterrat die Durchführung des Tages und die übrigen Betriebsangelegenheiten zu erledigen habe. Das Aufgabengebiet des Arbeiterrates sei auch nach solcher Arbeitsteilung noch so groß, daß es nur bei großer Mithilfe aller Betriebsratsmitglieder erledigt werden könne. In der nun folgenden regen Aussprache kam eine große Einmütigkeit in der Auffassung der Mitglieder zum Ausdruck. Die Ausführung der Referenten und der Berichtsteller fand in vielen Punkten eine wertvolle Ergänzung und allgemeine Zustimmung. Zum Schluß der Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die versammelten Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes bei der G. S. S. Oberhausen protestieren gegen das Verhalten einer Betriebsversammlung und des Angefallenen des Deutschen Metallarbeiterverbandes Wobbe, gegenüber einem Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes. Wer als Vertreter des christl. Metallarbeiterverbandes in Versammlungen usw. tätig sein soll, wird unersetzlich bestimmt.

Die vom Vorsitzenden des Betriebsrates in letzter Zeit eine berufenen Betriebsversammlungen haben nicht einen für organisierte arbeitende Arbeiter, unwürdigen Verlauf genommen. Es ist keine Kontrolle über die Teilnahme an diesen Versammlungen vorgenommen worden, so daß Unorganisierte, Wilde und Unwissen, wie auch betriebsfremde Arbeiter zugegen sein konnten. Die Versammelten sprechen ihr Bedauern darüber aus, daß durch die Kürzlichkeit der führenden Männer im sozialdemokratischen und christlichen Arbeiterverband, den kommunistischen Gebahren die lange gesuchte Gelegenheit für deren räuberische Agitation gegeben wird. Infolge dieser Sachlage werden für das Verhalten der Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes folgende Richtlinien festgesetzt:

1. Versammlungen der gewerkschaftlichen Art werden grundsätzlich abgelehnt und das Prinzip festgehalten, daß die Entschiedenheit über Betriebs-, Lohn- und Tarifangelegenheiten den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern vorbehalten bleibt. Mitglieder der sozialistischen, „freien Arbeiterkassen“ und des gelben Arbeiterbundes gelten nicht als gewerkschaftlich organisiert.
2. Bei Betriebs- und Belegschaftsversammlungen sind politische Debatten unzulässig und seitens des Leiters zu verhindern.
3. In Versammlungen, die nicht mit ausdrücklicher Zustimmung des Metallarbeiterverbandes stattfinden, werden sich Vorstand und Mitglieder im allgemeinen nicht, oder nur beratend und zu informatorischen Zwecken betätigen.
4. Hindernis für den christlichen Metallarbeiterverband und die Mitglieder sind in erster Linie die Beschlüsse der Betriebsratsmitglieder versammlungen.

Ferner Beschlüsse, die nach den obigen Regeln in gemeinsamen Verhandlungen der organisierten Arbeiter zustande kommen.

Ein Beschlüsse, von Versammlungen, die den gestellten Anforderungen nicht entsprechen, halten sich Verbände und Mitglieder nicht gebunden.
Im weiteren Verlauf der Versammlung beschäftigte man sich mit Lohn- und Tarifangelegenheiten und es zeigte sich auch hier, daß die christliche Arbeiterchaft praktische Organisationsarbeit zu leisten imstande ist und jede anständige Fortschrittspartei verabsieht. An Hand der gegebenen Richtlinien soll in Zukunft mit demselben Nachdruck wie bisher an der Verbesserung der Verhältnisse gearbeitet werden. Die Mitglieder des Verbandes werden dringend aufgefordert, sich mit Wünschen und Beschwerden nur an die Vertrauensleute und Vertreter unseres Verbandes zu wenden. Mit einem Appell um eifrigere Agitation wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Der Streik im Saargebiet.

Am 30. Juni legte ein Teil der Arbeiterchaft an den Hochöfenwerken der Burbacherhütte die Arbeit nieder. Den Verhandlungen der Ausschussmänner gelang es wohl, für einige Stunden die Bewegung einzubändigen, um so schneller griff dieselbe aber nachher an sich, und zwar nicht nur auf die Burbacherhütte, sondern auf das gesamte Saargebiet. Alle Werke, mit Ausnahme der Burbacherhütte, und der bei Homburg, waren an dem Streik beteiligt.

Es ist nicht beabsichtigt, im Rahmen dieses Artikels die eigentlichen Verhältnisse des Streikes, die der Regierung der Streikenden nicht klar waren, und die verschiedenen Unternehmungen, die mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterchaft und gewerkschaftlichen Aufgaben an sich zu tun hatten, zu untersuchen. Diese Klärung wird erfolgen zu Anfang und Fortschritt der Metallarbeiterchaft an der Arbeit, wenn gewisse Kreise, wie das nach jeder verunglückten Bewegung noch der Fall war, versuchen sollten, dem christlichen Metallarbeiterverband die Verantwortung aufzuladen. Im agitativen Interesse des christlichen Metallarbeiterverbandes läge es daher, daß diese Versuche baldmöglichst gemacht werden. Heute wollen wir uns auf eine kurze Schilderung des ganzen Streikes und seines Erfolges beschränken.

Am 1. Juli sollte der in der Arbeitergemeinschaft der Saar-Industrie abgeschlossene Arbeitsvertrag auslaufen. Seitens der drei Metallarbeiterverbände wurden neue Lohnforderungen eingereicht. Die Forderungen wurden getrennt eingereicht, da der sozialdemokratische Metallarbeiterverband ein gemeinsames Vorgehen mit den beiden anderen Organisationen ablehnte.

In verschiedenen Sitzungen der Arbeitergemeinschaft erkannten die Arbeitgeber wohl die Berechtigung neuer Lohnansprüche der Arbeiterchaft an, erklärten aber, nicht in der Lage zu sein, die Forderungen zu bewilligen.

Mit dieser platonischen Erklärung war aber der Arbeiterchaft nicht genügt. Die Forderungen wurden an den Schlichtungsausschuss gebracht. Auch dort konnte eine Übereinstimmung nicht erreicht werden. Die Arbeiterchaft stand nun bei der Entscheidung, durch eine Arbeitsblockade ihre berechtigten Lohnforderungen durchzusetzen. Als Arbeitsblockade war zu verstehen, daß die ganze Bewegung von den Organisationen geleitet war, die die Arbeiterchaft auf Seiten der Arbeitgeber stand, die Arbeitgeber ebenfalls vor einer Lohnbewegung standen und dadurch ein einheitliches Vorgehen erzielt werden konnte. Ebenfalls standen viele Kantonspreise des Saargebietes vor Verhandlungen, die die Arbeiterchaft von der Seite der Arbeiterchaft drängte. Als Passiva war die von den Arbeitgebern immer wieder betonte schlechte Lage der Industrie zu bezeichnen.

Trotzdem wäre damals eine Bewegung ausbleibend gewesen. Planmäßig wurde diese aber vom Deutschen Metallarbeiterverband hintanhaltend, ein event. Streik als eine beabsichtigte Abwehrmaßnahme angekündigt. Dadurch war es auch dem christlichen Metallarbeiterverband als Mindestlohn-Organisation unmöglich, weitere Schritte zu unternehmen, um nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, einen Streik aus politischen Motiven heraus, proklamiert zu haben. Leider war dadurch die Arbeiterchaft der Entscheidung, da sich diese gewerkschaftlich günstige Situation nicht mehr so leicht bot.

Im Laufe der Monate Mai und Juni versuchten nun die Organisationskommissionen, besonders aber unser christlicher Metallarbeiterverband, in den zahlreichen Sitzungen der Arbeitergemeinschaft, die dem Ausbau des Metallarbeiterverbandes dienen, immer wieder die Lohnfrage in den Vordergrund zu stellen. Wenn es nicht gelang, die Unternehmer, die Lage der Industrie läßt eine Lohnherabsetzung nicht zu.

Am 27. Juni richtete die Betriebsleitung unseres Verbandes nochmals eine Eingabe an den Arbeitgeberverband. In derselben wurde mit Ernst und Nachdruck auf die gegebene ungünstigen Verhältnisse der Metall- und Hüttenarbeiterchaft hingewiesen und betont, daß nur eine baldige Regelung das Schlimmste verhindern könne.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte sich zu einer Eingabe an die Regierungskommission des Saargebietes, bzw. an den Vorsitzenden, den französischen Staatsrat Herrn Kauf, gewandt. Mittlerweile drang der eingangs erwähnte Streik auf der Burbacherhütte aus. In einer Besprechung der Organisationsvertreter der drei Verbände erklärte der Syndikus des Arbeitgeberverbandes, der Vorstand des Arbeitgeberverbandes beschließen sich bereits mit, den nun eingereichten Eingaben. Die Verhandlungen wurden umgehend aufgegeben, trotz des Lokalkreises in Burbach. Die Organisationsvertreter wollten ihrerseits alles versuchen, um den Streik zu stillen. Aus Gründen, die im Verlaufe des Streikes immer mehr in Erscheinung traten, wurde dieses Vorhaben durchkreuzt. Unablässig Elemente von der Burbacherhütte und dann noch solche von dem Hüttenberger Werk (nachdem daselbst von Burbach in den Streik gezogen), gegen im ganzen Saargebiet von Betrieb zu Betrieb und veranlaßten, teilweise mit den größten Lagen, die Organisationsvertreter hatten den Streik befristet usw. Elemente die noch während des Krieges zu den treuesten Stützen des alten französischen Kapitalismus und den gelben Wertbetreibern gehörten, gegen den streikenden Arbeiter nach sich. Hierzu muß ein offenes Wort gesprochen werden. So kann und darf es im Saargebiet nicht weitergehen. Der beständige Teil der Arbeiterchaft, und zwar in allen Organisationen, dieser Teil geht nach den jetzigen Erfahrungen allerdings nur in den christlichen Metallarbeiterverband, lehnt es in Zukunft ab, sich von diesen gewerkschaftlichen Elementen mitbestimmen zu lassen. Die aufrechte Arbeiterchaft will den alten Kapitalismus nicht mit einem neuen verdrängen, der in seiner Auswirkung (siehe Sack-Notbringen) noch weit brutaler und rücksichtsloser sein wird.

Um dies zu vermeiden, bedarf es einer vernünftigen gewerkschaftlichen Arbeit, und keiner Pufferei. Verhandlungen waren im Gange und wurden nur durch wiederholte Pufferei gestoppt. Auch der Deutsche Metallarbeiterverband legte in einem Aufsatze im „Neuen Saargebiet“ vom 8. Juni 1920: Die Kollegen der Burbacherhütte haben leider die Verhandlungen, in denen wir uns zurzeit befinden, nicht abgebrochen, sondern haben am 30. Juni, nachmittags, die Arbeit niedergelegt. Das dürfte nicht geschehen usw. Der Arbeitgeberverband beteuert sich nun darauf, daß die Organisationsvertreter und Vertrauensleute den Streik nicht anerkannt hätten, und der Arbeitgeberverband nicht verhandelt, solange die Belegschaft sich im Streik befindet. Als die Regierungskommission um Vermittlung angeht wurde, erklärte der frühere Sekretär des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und jetzige Regierungsminister bei der Saargebietungs-Kommission, Herr F. H. H. H., die Lage sei für die Arbeiterchaft schlecht, die Arbeiter sollten baldmöglichst wieder die Arbeit aufnehmen. Der Präsident erklärte, der Ausbruch des Streikes sei zu Unrecht erfolgt. Die Lohnansprüche seien wohl befristet, die Lage der Industrie sei aber schwierig. Durch den Streikverbot sei die Produktion gesunken. Von 250 Millionen Mark Umsatz der Saargebietes seien allein 90 Millionen vermisst, durch Minderleistung. Die Produktion müßte gehoben werden. Er wolle aber Vermittlung versuchen. Einen Befehl würde er vor Dienstag oder Mittwoch nicht geben.

Da aus dieser Unterredung nichts Politisches für die Arbeiterchaft hervorging, suchten die Führer der Organisationen nochmals eine Aussprache mit dem Syndikus des Arbeitgeberverbandes nach. Der Syndikus erklärte, der Arbeitgeberverband würde nach Wiederanbahnung der Arbeit sofort in Verhandlungen eintreten, bis eine Einigung nach dem Ziele hätte. Auf diese Zusage hin verständigten sich die Organisationsvertreter in Übereinstimmung, die Wiederanbahnung der Arbeit zu empfehlen. Da die Vertrauensleute des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes aber

dieser Phase ihrer „Demagogen“ nicht Folge leisteten, glaubten auch die Mitglieder der anderen Verbände, trotzdem dieselben von der Aussichtlosigkeit des Kampfes überzeugt waren, nicht ohne den sozialdemokratischen Verband die Arbeit aufnehmen zu dürfen. Der nächste Versuch auf dieses Streik zeigte, daß durch diese rechte Solidarität sich die Arbeiterchaft diesmal selbst am meisten schädigte. Es war dies kein gewerkschaftliches, im wörtlichen Sinne wirtschaftliches Interesse der gesamten Arbeiterchaft, sondern ein Interesse, sondern das für die Arbeiterchaft einer vollständigsten Gruppe, die schon heute zum Teil auch aus dem Deutschen Metallarbeiterverband zu den Unionisten gelaufen ist. Am Mittwoch, den 7. Juli, fand mit dem französischen Generalstreik, Paris, der Regierungskommission, eine neue Besprechung statt. An derselben nahm auch ein Vertreter des alten Arbeitgeberverbandes teil, angeblich, um der Regierung mitzuteilen, daß die Stimmung unter den Bergarbeitern ernst sei. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte zwar geschrieben: „Ein Streik der Metallarbeiter der Bergarbeiter und Eisenbahner bedeutet keine Unterwerfung, sondern eine Schädigung der Metallarbeiter“. — D. heilige Enfant. — Vor sechs Wochen nimmt man an, ohne Hilfe der Bergarbeiter und Eisenbahner könne man nicht streiken, heute lehnt man eine Hilfe ab. Ob es die Angst war, die französische Währungsbedürfnisse durch einen Streik der Bergleute zu wenig Kosten, oder der Streik würde mit Hilfe der Bergarbeiter gewonnen, und dadurch das zum Teil unabhängige Kapital geschädigt, steht noch nicht fest. Herr Heder schloß nicht die Unruhe der Bergarbeiter, sondern sagte, daß durch die Einführung der Fremdenwerbung in diesen Kreisen eitel Wonne herrsche, und er bitte, auch für die Metallarbeiter den Fremden einzuführen.

Was das die eigentliche Ursache des Streikes? Oder war es eine andere? Diese Menschen glauben auch, dieselbe sei angestrichelt, um die Schwäche der Organisationen zu dokumentieren und durch den Ausschuss eine Lohnherabsetzung mit Hilfe der Regierungskommission herbeizuführen. Wenn die Siegerpalme dann zufallen sollte, war ja klar. Der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes macht den Herrschaften gegenüber aus seiner Meinung keinen Hehl. Interessant war es, daß der schon erwähnte Herr Oberregierungskommissar F. H. H., im Gegensatz zu seiner Meinung vier Tage vorher, meinte, die Lage der Arbeiterchaft läge sehr gut, sie sollte nur aushalten. Am darauffolgenden Tage fand dann wieder eine Besprechung mit dem Syndikus des Arbeitgeberverbandes statt, wonach jeder Arbeiter, der nicht bis Samstag, den 13. Juli, die Arbeit aufnehme, kassieren sei.

Eine Besprechung mit dem Präsidenten der Regierungskommission am 9. Juli endigte damit, daß die Arbeiterchaft verifiziert wurde, sie hätten einen großen Erfolg errungen, die Unternehmer würden sofort verhandeln, wenn die Arbeiter die Arbeit aufnehmen würden. Die Regierungskommission würde das Ergebnis übersehen. Der Vorschlag (der mit Entlassung drohte) sei nicht schlimm. Die Arbeiter sollten nicht ernten sein, sondern denken, daß ein Generalstreik ein großes Unheil sei. Keine die Arbeiterchaft dieser Aufforderung nicht nach, so könnte die Regierungskommission nichts mehr tun. Weitere Verhandlungen seien kaum überflüssig. Die Regierungskommission aber sei verpflichtet, für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Nach dieser Abwägung erklärte unser Vertreter, daß über den Generalstreik eine Einigkeit mit den Arbeitgebern erzielt werden müßte. Dasselbe gelang auch. Der Syndikus erklärte, daß es einleuchtend zu wollen, daß die Arbeitgeber verhandeln, wenn Samstag genaugen Meute an den lebenswichtigen Betrieben ansetzen würden, und am Montag die übrige Belegschaft nachfolgen würde. Damit erklärten sich alle Organisationsvertreter einverstanden. Am Abend desselben Tages fand dann eine besondere Besprechung zwischen dem französischen eingetragenen Vorsitzenden des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, dem nachfolgenden Abgeordneten Dismann statt. In der Besprechung wurde, daß auch die Streikposten zurückzuziehen seien. Dieses Abkommen wurde von anderen Organisationen nicht mitgeteilt. Es war festgelegt, daß die eigentlichen Verhandlungen nach Erfüllung dieser Bedingung Samstag, den 10. Juli, nachmittags 4 Uhr, stattfinden sollten.

Weder den Besprechungen der drei Verbände waren anwesend als Vertreter der Hauptverbände: vom christlichen Metallarbeiterverband Kollege Schimmer, vom Deutschen Metallarbeiterverband Dismann und Neve. Die Unternehmer, im Vollgefühl der für sie günstigen Position, lächelten sich als Herren der Lage. Die Verhandlungen verliefen trotz dem ruhig und sachlich. Herr Dismann versicherte der ausgeprochenen Höflichkeit und Lebenswürdigkeit den Herrn Arbeitgebern, er sei gerne bereit, alle noch bestehenden Schwierigkeiten, wie sie von Arbeitern zur Zufriedenheit der wichtigsten Betriebe, nach bestehende Streikposten, zu beseitigen. Es sollte alles vertrieben werden, was geeignet wäre, die Arbeiterchaft zu verlegen. Es denke niemand daran, die Arbeitgeber auf die Knie zu zwingen. Lebenswichtige Arbeiten (z. B. Kohle u. s. w.) müßten sofort gemacht werden usw. Man sollte nicht immer an die Vergangenheit und die gemachten Fehler denken. Gemeinsam müßte im Geiste gegen feindselige Verhältnisse die jetzige Situation gelöst werden.

Was einiget Welt schrieb der Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes im Saargebiet, die christlichen Metalle Arbeiterverbände der Steiobügel, der Deutsche Metallarbeiterverband wollte keine Arbeitergemeinschaft, sondern den Klassenkampf und andere mehr oder minder handeltüchtige Waffen. Dismann sprach fast nur von Verhandlungen, in einer Art und Weise, wie die Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes es den Arbeitgebern im Saargebiet gegenüber noch nie getan haben. Ja, ja, die Menschen ändern sich.

„Geben Sie uns Ihre Jugendkraft, das Sie in der Mappe haben dann verlassen wir Ihnen auf Treue und Glauben, daß die Leute an Montag ansetzen.“ Also rief Herr Wilhelm, der Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes im Saargebiet, den Untere hielten zu. Wehe, beinahe wie, dem 777 Christen, der so gezeigt hätte. Wie schreibt die sozialdemokratische „Waffenkammer“ am 13. Juli unter anderem: Die Entscheidung über die jetzige Führung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, die stark nach U.S.A. neigt, ist stark und groß usw.

Das stimmt, dort Überdramatisierung, Beschlüsse, Syndikalismus als Vorbereitung für die kommenden Zeiten. In den Reihen des christlichen Metallarbeiterverbandes herrsche Gewerkschaftsarbeit, unbedingte Offenheit gegenüber den Mitgliedern, frei von Irrföhrern und radikalen Schlagbüchern und daraus ein gegenseitiges festes Vertrauensverhältnis.

Harte und bittere Opfer hat die Hütten- und Metallarbeiterchaft des Saargebietes in den letzten Wochen gebracht. Opfer, die ihr ein Unternehmertum auferlegt, daß noch heute nicht den Geist der neuen Zeit befruchteten. Aber auch Lasten, die wohl schwerer, weil sie auferlegt sind von gewissenlosen Elementen, welche die Arbeiterchaft benutzen zu Zwecken, die mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterchaft nichts zu tun haben. Trotzdem darf die Arbeiterchaft an ihrer eigenen Kraft und dem sieghaften Glauben der Organisationen verzweifeln; allerdings nur der Organisation, welche in erster Linie im Saargebiet mit Erfolg eingreift für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterchaft, und das ist die christliche Metallarbeiterverband Deutschlands.

Ein Bleilöter

bei höherem Lohn und dauernder Beschäftigung für sofort gesucht. Angebote unter B. Z. 3436 an die Ann.-Exp. Friedr. Schatz, Duisburg